

## VII. Zukunftsforum Islam

### Thesen zum World Café „Politik und muslimische Zivilgesellschaft“

Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, um ein "funktionierendes Zusammenspiel" zwischen muslimischer Zivilgesellschaft und politischen Entscheidungsinstanzen zu gewährleisten? Nach welchen Kriterien werden zivilgesellschaftliche Gesprächspartner/innen ausgesucht?

#### These 1

Es gibt vier Faktoren, die im Zusammenwirken zwischen muslimischer Zivilgesellschaft und Politik entscheidend sind.

Diese sind:

1. Politische Interessenslagen
2. Interessen, Struktur und Stellung der einzelnen muslimischen Organisation
3. Öffentliche Diskurse über den Islam
4. Rechtliche Grundlagen und Verfassungsschutz

Viele Vorhaben im religionspolitischen Bereich erweisen sich als besonders langwierig, wenn es um den Islam bzw. um muslimische Organisationen geht. Im Vergleich mit anderen Religionsgemeinschaften scheinen die Prozesse nicht nur mehr Zeit in Anspruch zu nehmen, sondern auch viele Umwege, Wendungen und Brüche aufzuweisen, obwohl ähnliche rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen gegeben sind.

Die oben genannten Faktoren entscheiden maßgeblich über das Gelingen einer Zusammenarbeit zwischen muslimischer Zivilgesellschaft und Politik. Dabei sind die politischen Interessenslagen der gewichtigste Entscheidungsfaktor. Wie in fast jedem anderen Politikbereich werden programmatische Forderungen nur dann umgesetzt bzw. in Angriff genommen, wenn es innerhalb der amtierenden Regierung ein größeres Interesse daran gibt. Daneben spielen natürlich auch Interessen und Strukturen der jeweiligen muslimischen Organisationen eine wichtige Rolle. Für religionspolitische Maßnahmen braucht der Staat in der Regel eine oder mehrere Religionsgemeinschaften als Kooperationspartnerinnen, da er sich inhaltlich in religiösen Fragen neutral verhalten muss. Hat also die muslimische Organisation kein Interesse an einem Vorhaben oder fehlt es ihr an den entsprechenden Strukturen, kann es nicht realisiert werden. Im Falle der Religionsgemeinschaften spielt allerdings auch die Stellung der jeweiligen muslimischen Organisation innerhalb der muslimischen Organisationslandschaft eine Rolle. Nicht selten sind politische EntscheidungsträgerInnen zurückhaltend im Bezug auf die Zusammenarbeit mit bestimmten muslimischen Organisationen, bei anderen hingegen, zeigen sie sich offener. Das hat auch etwas damit zu tun, wo sich die jeweilige Organisation aus mehrheitsgesellschaftlicher Perspektive politisch verorten lässt. Öffentliche Diskurse über den Islam und die muslimischen Organisationen schaffen gesellschaftliche und politische Stimmungen, die sich in der Regel negativ auf Kooperationsvorhaben zwischen muslimischen Organisationen und Politik auswirken – es sei denn es geht um Sicherheitspolitik. Die gängige und in Teilen berechtigte Kritik an muslimischen Organisationen umfasst die Punkte: zu enge Bindung an das Ausland bzw. einen ausländischen Staat, politischer bzw. herkunftsbezogener Charakter, fehlende Professionalisierung und fehlende/mangelnde Verfassungstreue. Während die ersten Punkte beispielsweise durch Strukturreformen von den muslimischen Organisationen selbst angegangen werden können, werden als Maßstab für die Verfassungstreue die jährlichen Berichte der Verfassungsschutzämter herangezogen, auf die die muslimischen Organisationen wenn überhaupt nur bedingt Einfluss haben. Die Verfassungsschutzberichte werden von den Verfassungsschutzämtern erstellt und inhaltlich nur von dem jeweiligen Innenminister gewichtet. Im Zweifelsfall obliegt somit die Entscheidung, ob und in welchem Maße eine Organisation im Verfassungsschutzbericht auftaucht, einer Person. Für die

Organisation selbst und deren Mitglieder kann das weitreichende Folgen haben. In einigen Fällen war zu beobachten, dass ein Dialog zwischen einer muslimischen Gemeinde und dem Verfassungsschutz zur Beseitigung von Missverständnissen geführt hat und die betroffene Gemeinde nicht mehr im Bericht des Verfassungsschutzes auftaucht, ob das allerdings auch auf größere Organisationen übertragbar sein wird erscheint mehr als fraglich.

## These 2

Politik als Machtfaktor hat die größte Reichweite unter den oben genannten Faktoren. Sie kann den öffentlichen Diskurs lenken, die erforderlichen rechtlichen Grundlagen schaffen und Bedenken seitens des Verfassungsschutzes ausräumen oder gar beseitigen. Das bedeutet, dass wenn Politik an einer Zusammenarbeit interessiert ist und die muslimischen Organisationen kooperieren können und wollen, werden politische Vorhaben umgesetzt. Wie das einzelne Projekt letztlich ausgestaltet wird, ist dann Verhandlungssache zwischen politischen und religiösen Interessen.

## These 3

Politik erreicht hierüber aber nicht nur ein „Abarbeiten“ programmatischer Forderungen, sondern kann durch gezielte Förderung oder Vernachlässigung bestimmte Organisationen stärken. Damit hat Politik insgesamt einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die gesamte muslimische Organisationslandschaft. Sowohl Politik als auch die muslimische Zivilgesellschaft sind also gefordert mit Weitblick vorzugehen.

## These 4

Hauptproblem: Muslimische Organisationen werden auch heute noch von Politik und Gesellschaft als „fremde“ Organisationen betrachtet. Nicht ohne Grund wird ihnen Herkunftslandbezogenheit, mangelnde Kenntnis der deutschen Sprache und Demokratiedistanz vorgeworfen. Hiermit wird immer wieder die vermeintliche Fremdheit und Andersartigkeit der Musliminnen und Muslime hervorgehoben, obwohl sie schon seit über 50 Jahren in größerer Zahl in Deutschland leben. Diese Ausgrenzungsmechanismen wirken sich im Streit um Ressourcen positiv auf alteingesessene Religionsgemeinschaften und Wohlfahrtsverbände aus. Wenn die muslimische Zivilgesellschaft tatsächlich als solche gesehen würde, wären viele Hindernisse beseitigt.

**Zur Person:** *Hasret Karacuban ist Sprecherin des AK Grüne MuslimInnen NRW. Der Arbeitskreis wurde im Jahr 2007 gegründet, um innerhalb der Partei Bündnis 90/Die Grünen eine Diskussionsplattform zum Thema MuslimInnen in Deutschland, jenseits der Migrationspolitik, bereitzustellen.*

*Außerdem ist die Kölner Soziologin Sprecherin der LAG Frauenpolitik von Bündnis 90/Die Grünen NRW, Referentin für Strategien gegen Rechtsextremismus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW und persönliche Mitarbeiterin von Verena Schäffer MdL.*

*Ihre thematischen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Frauenpolitik, Religionspolitik und Migrationspolitik.*